

Die Adenauerregierung steht vor der Frage: entweder ihre Politik zu ändern, sich zu Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit zu erklären, oder sie entlarvt sich selbst als eine Regierung, die den Weg des Krieges beschreitet. Durch eine Politik der Spaltung, des Militarismus und der Preisgabe der nationalen Interessen Deutschlands würde sie selbst ihr Schicksal besiegeln, und keine amerikanische Besatzungsmacht könnte eine solche Regierung vor dem Zorn des Volkes retten. (Beifall.)

Der sowjetische Außenminister Genosse Molotow hat in Übereinstimmung mit den Auffassungen aller demokratischen Deutschen dargelegt, daß wirklich freie Wahlen stattfinden sollen, das heißt Wahlen, die von den Deutschen selbst vorbereitet werden. Wahlen kann man nach unserer Meinung nur dann als freie Wahlen bezeichnen, wenn sie nicht von ausländischen Besatzungsmächten vorbereitet und nicht unter dem Druck von Besatzungstruppen, nicht unter dem Druck der Bonner und Pariser. Kriegsverträge oder unter dem Druck der Militaristen im westdeutschen Wirtschafts- und Staatsapparat durchgeführt werden.

Der englische konservative Außenminister Eden hat auf der Berliner Konferenz den Naiven gespielt, indem er dem deutschen Volke weiszumachen versuchte, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in der Hauptsache die Frage der Abgabe des Stimmzettels sei. Es ist ihm auch gelungen, den Parteivorstand der SPD ins Schlepptau zu bekommen. Zum Unterschied von Herrn Ollenhauer, der aus der Geschichte noch nichts gelernt hat, sind die sozialdemokratischen Arbeiter in Westdeutschland der Meinung, daß man aus den Wahlen von 1919 bis 1933 ernste Lehren ziehen muß.

Die amerikanischen, englischen und westdeutschen Konzern- und Bankherren stellen sich die Sache so vor, daß sie das Vorrecht haben, alle ihre wirtschaftlichen und politischen Machtmittel, einschließlich des Apparates der Besatzungsorgane in Westdeutschland, auszunutzen, um amerikanische Wahlen zu machen. Sie rechnen damit, die Unzufriedenheit von breiten Kreisen der Bevölkerung über die Folgen des Hitlerkrieges zur Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik ausnutzen zu können. Sie beabsichtigen, im Ergebnis der Wahlen, wie Dulles, Eden und Adenauer offen zugegeben haben, ganz Deutschland in das System der amerikanischen Militärpakte einzugliedern.